

Bundestagswahl: Schicksalswahl für die Familie

Wir haben für Sie die Wahlprogramme ausgewertet

Am 24. September ist Bundestagswahl. Da stellt sich die Frage, wie es um das Familienbild der Parteien bestellt ist. Um den Bürgern Informationen für ihre Wahlentscheidung an die Hand zu geben, haben wir die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und AfD für Sie ausgewertet. Welche Partei steht noch zu den Grundpfeilern von Ehe und Familie und welche Parteien wollen in eine andere Republik? Wir haben dabei untersucht, welches Familienmodell die Parteien in ihren Wahlprogrammen vertreten und welches die wichtigsten Wahlversprechen sind, die sie in der kommenden Legislaturperiode umsetzen wollen.



CDU/CSU: Neben der Ehe auch Patchwork und Regenbogenfamilien als „wertvoller Beitrag“ für die Gesellschaft

Wo immer Menschen Verantwortung für Kinder und Erziehung übernehmen, leisteten sie einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft. Es wird betont, dass Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen. Ob damit die Ehe zwischen Mann und Frau oder auch die „Ehe für alle“ gemeint ist, geht aus dem Programm nicht hervor. CDU/CSU betonen, dass auch in anderen Formen des Zusammenlebens Verantwortung übernommen und gelebt wird. Konkret genannt werden Patchwork-Familien, Alleinerziehende, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und eingetragene Partnerschaften.

Es soll ein Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter eingeführt werden. Das Kindergeld soll um 25 Euro angehoben werden. Es soll ein Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit in den Unternehmen geschaffen werden. Außerdem soll der Erwerb von Wohneigentum für junge Familien gefördert werden.

SPD: Ein neues Abstammungsrecht auch ohne biologische Eltern

Für die SPD ist Familie „dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.“ Daher bekennt sie sich zur „Öffnung“ der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Das schließt für die SPD das Adoptionsrecht mit ein. Zur Familie gehören für die SPD „verheiratete, unverheiratete oder gleichgeschlechtliche Paare, getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende, Stieffamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien.“ Die sozialen Eltern seien oft nicht die biologischen Eltern. Damit begründet die SPD die Forderung nach einem „modernem Abstammungsrecht.“

Die SPD möchte „Familienarbeitszeit“ einführen. Wenn die Eltern ihre Arbeitszeit „partnerschaftlich“ aufteilen, sollen sie beide jeweils 150 Euro für 24 Monate erhalten.

Außerdem sollen die Kita-Gebühren abgeschafft und ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geschaffen werden.

Grüne: Familien in „allen Formen und Modellen“ sollen unterstützt werden

Die Grünen sprechen sich für eine Politik aus, die „Familien in allen Formen und Modellen unterstützt.“ Dazu gehören für sie „verheiratete Paare, Alleinerziehende, Patchwork-Familien, Regenbogenfamilien, nichteheliche Familien, Regenbogenfamilien, Pflegefamilien und Familien ohne Kinder.“ Die Grünen wollen das Ehegattensplitting abschaffen, weil dieses der Erwerbstätigkeit von Frauen im Wege stünde. Die Grünen wollen Familien finanziell entlasten und Alleinerziehende finanziell unterstützen.

Die Grünen fordern einen Rechtsanspruch auf flächendeckende Kinderbetreuung und einen Ausbau des Ganztagsangebotes. Die Kinder und Jugendhilfe soll besser ausgestattet werden. Eltern mit geringem Einkommen sollen einen „Kindergeldbonus“ erhalten.

FDP: Zugang zu Reproduktionsmedizin erleichtern und „Mehrelternfamilien“ ermöglichen.

Die FDP unterstützt die Ehe für alle „einschließlich vollem Adoptionsrecht für Homosexuelle und freiem Zugang zur Reproduktionsmedizin.“ Der Rechtsrahmen für „Regenbogenfamilien“ müsse verbessert werden. Mehreltern-Familien seien Realität und müssen „auch bei der rechtlichen Elternschaft abgebildet werden.“ Werde das Kind mit Hilfe einer Samenbank gezeugt, so soll die eingetragene Lebenspartnerin der Mutter von Geburt an „auch rechtlich zweite Mutter“ sein können. Eizellspenden und nicht kommerzielle Leihmutterchaft solle unter Auflagen erlaubt werden.

Die FDP will alle familienpolitischen Leistungen zu einem Kindergeld 2.0 zusammenfassen. Damit soll ein eigenständiger Anspruch der Kinder auf diese Leistungen geschaffen werden.

Linke: Die „Öffnung der Ehe“ soll rechtliche Gleichstellung für alle ermöglichen

Die Linke fordert die „Öffnung der Ehe, um rechtliche Gleichstellung für alle zu ermöglichen.“ Die Ehe soll durch ein „System der Wahlverwandtschaften ergänzt werden“. Dabei will die Linke „nicht nur monogame Zweierbeziehungen Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jegliche Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt.“ Dies könne auch eine Beziehung aus „mehr als zwei Personen“ sein. Die Linke fordert die Abschaffung des Ehegattensplittings, weil es die klassische Hausfrauenehe begünstige. Dadurch würden „nichtheteronormative“ Lebensweisen, Alleinerziehende und „Regenbogenfamilien“ benachteiligt.

AfD: Familienpolitik soll sich dem Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientieren.

Die AfD will, dass sich die Familienpolitik am „Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern“ orientiert. Alleinerziehung sei nicht der Idealfall. Den Begriff der Familie auf andere Gemeinschaften auszudehnen lehnen sie ab. Die AfD fordert eine „aktivierende Familienpolitik“ zur Anhebung der Geburtenrate.

Sie bekennt sich zum „Recht auf Leben“ für ungeborene Kinder. Die Schwangerschaftskonfliktberatung solle dem „Schutz des Lebens“ dienen. Die Förderung der „Gender-Ideologie“ soll beendet und die „Gleichstellungsbeauftragten“ an den Universitäten abgeschafft werden.

Die AfD will „Steuer- und Beitragsgerechtigkeit“ für die Familien schaffen. Diese Entlastung solle durch ein „Familiensplitting“ erreicht werden. Außerdem sollen junge Familien „Ehe-Start-Kredite“ erhalten, die bei der Geburt von Kindern teilweise erlassen werden sollen. Eltern soll ein längerer Bezug von Arbeitslosengeld I zustehen.

Zusammenfassung

Für SPD, Grüne, Linke und FDP gehören auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften unter den Begriff Ehe. CDU/CSU und AfD betonen beide, dass die Ehe unter besonderem Schutz des Grundgesetzes steht. Im Wahlprogramm von CDU/CSU bleibt offen, ob mit „Ehe“ auch die „Ehe für alle“ gemeint ist. Die AfD lehnt das explizit ab.

Fast alle Parteien betonen, dass es neben der Ehe auch andere Formen von Gemeinschaft gibt, die gefördert werden sollen. Alle Parteien mit Ausnahme der AfD betonen die Bedeutung von Patchwork-, Regenbogenfamilien und Alleinerziehenden. Die AfD erklärt, allein zu erziehen, sei nicht der „Idealfall.“ Die AfD stellt heraus, dass das Ziel der Familienpolitik die Hebung der Geburtenrate sei.

Am weitesten von der traditionellen Vorstellung von Ehe und Familien entfernen sich in ihren Wahlprogrammen FDP und Linke. Die FDP spricht sie auch für die teilweise Legalisierung der Leihmutter aus, will den Zugang zur Reproduktionsmedizin und die Gründung von „Mehreltern“-Familien ermöglichen. Die Linke spricht sich sogar für Beziehungen aus mehr als „zwei Personen“ aus, die gleichberechtigt wie die Ehe behandelt werden sollen.

Fazit

Fazit: SPD, Grüne, FDP und Linke wollen den Vorrang der klassischen Familie zugunsten anderer Lebensformen abschaffen. Die CDU/CSU bleibt in ihrem Programm dazu eher vage. Die AfD betont den Vorrang der klassischen Familie, stellt diesen aber in den Dienst höherer Geburtenraten.